

Erste Sitzung des Zentralausschusses:

Freitag, 13. Sept. 1918 in der Saalraum Lempp  
Anwesend sind die Vertreter der nachfolgenden  
Vereinigungen:

1. Pfanzland Genossenschaft a. d. Breite.
2. Genossenschaft für Pfanzland im Gundoldingen-  
Quartier
3. Pfanzland genossenschaft. Privat; Gundol-  
dingenquartier
4. Vereinigung der Pfanzlandpächter auf Stad-  
land, Gundoldingen
5. Vereinigung Schützenmatt - Festwiese
6. Gemeinn. Gesellschaft, Komm. f. Schützengärten
7. Vereinigung Militär - Oberalps - Wanderer
8. Vereinigung Spalen
9. Vereinigung Harburg (Klybeckinsel)
10. Miltzgruppe - Wagnerswieschen
11. Landskronstr. Privat
12. Weidengasse - Eptingerstr.
13. Herwiler - Hölle - Neubad - + Kluserstr.

Der Präs. eröffnet die Sitzung mit einem  
kurzen Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes.  
Es folgt die Bekanntgabe des Beschlusses an den  
Regierungsrat, betreffend Überlassung des



Landes an die Genossenschaften (s. oben, Vorstand-  
sitzung). Die Besprechung führt zunächst auf  
die Mängel der heute bestehenden Landverteilung,  
es werden allerhand Beispiele angeführt. Während  
die Herren Müller, Knäppl, Schultheiss  
die Annahme des Gesuchs empfehlen, machen  
andere Bedenken geltend. Herr Fogel meint,  
man sollte dem Staat die Pflicht der Land-  
verteilung und der Kontrolle nicht aus der  
Hand nehmen; die Genossenschaften könnten  
sich damit eine zu schwere Last und Verant-  
wortung aufbürden. Herr Zwingli weist hin  
auf die Notwendigkeit einer zentralen  
Verteilungsstelle, sonst könnten die heutigen  
Übelstände sich leicht noch verschlimmern.  
Auch Herr Giger warnt eindringlich vor  
dem geplanten Schritt. Damit der Zweck  
gleichwohl erreicht werde, nämlich die  
Nötigung der Parzelleninhaber zum An-  
schluss an die Organisation, könnte  
man wohl andere Mittel anwenden.  
Herr Fogel, unterstützt von den Herren Jäggi, schlägt  
vor, die Eingabe zu verschieben.

Nachdem der Präsident den geräumern



Sinn des Schreibens nochmals dargelegt ~~hat~~  
~~und~~ und begründet hat, wird durch  
 Handmehr dessen Genehmigung besell-  
 sen.

Allgemeine Zustimmung findet die  
 Eingabe den Dingen betreffend. Es wird  
 einzig gewünscht, dass sie ebenfalls  
 an den Regierungsrat gerichtet werde, indem  
 nur diese Behörde zuständig sei, ein  
 Dingerausfuhrverbot zu erlassen. Die  
 Eingabe soll, so wird beschlossen, an die  
 Regierung gehen, unter gleichzeitiger  
 Begünstigung des Anbauamtes.

#### Wahl des Zentralvorstandes.

Auf eine Anfrage hin gibt der Vor-  
 sitzende zunächst Auskunft über die  
 Aufgaben dieser Behörde. Sie wird in  
 erster Linie den Verkehr mit dem Staat  
 in allen gemeinsamen Fragen führen.  
 Sodann wird sich der Vorstand mit Ver-  
 mittlungen befassen, den Einzelver-  
 bänden beistehen; die Geschäfte des  
 Zentralausschusses vorbereiten und



ausführen. Auf Vorschlag von Herrn Gromrat  
Giger wird die Zahl der Vorstandsmglieder  
auf fünf erhöht. Nachdem die prop. Gewählten  
endgültig bestätigt worden sind, wird als  
fünftes Mitglied Herr L. Ziegler gewählt.

Präs: Herr Gustav Wenk, Gromrat, Lehenmattweg

sek. " Dr. E. Döck, 87 Thiersteinerallee

Kes. " R. Grey-Fischer, Rumelinplatz 75

" Fr. Käpfe, Steinenvorstadt 69

" L. Ziegler, Colmarerstr. 45.

Der Präsident wiederholt nochmals, was  
er bereits in der ersten Saffran Versammlung  
betont, dass der Verband sich politisch durch-  
aus neutral verhalten werde. Wir sind auf  
des Wohlwollen Parteien angewiesen.

Was die Zusammensetzung des Zentr-  
relausschusses anbelangt, so wird der  
frühere Beschluss aufrecht erhalten. Er  
wird gebildet aus je zwei Vorstandsmit-  
gliedern (Präsident und Beisitzer) der  
Einzelverbände.

#### Die Statuten.

Zu dem Statutenentwurf, wie er vorgelegt  
wird, macht Herr Jaggi eine Ergänzungs-



antrag: Anträge des Vorstandes sollen 4 Wochen vor der Sitzung den Vereinigungen mitgeteilt werden. Dieser Antrag wird angenommen mit der Abänderung der Frist auf 14 Tage.

Es werden noch einige Anregungen gemacht. Herr Jäggi wünscht die Veranstaltung von Vorlesungen über Bekämpfung von Schädlingen.

Herr Giger wünscht, dass sich der Verband für die Erlangung von vermehrtem Pflanzland einsetze. Diese Anregung begegnet einigen Bedenken mit Bezug auf ihre Ausführbarkeit. Man wird sich später damit befassen.

Hr. Dick rät, die Frage zu prüfen, ob nicht die Basler Gärten gegen Hagelschlag zu versichern wären. Er schlägt ferner vor, das Genossenschaftliche Volksblatt als Anzeigebblatt zu bestimmen. Dies wird beschlossen, mit den Besitzern sollen demgemäss Verhandlungen geführt werden.

Schluss der Sitzung 9 1/2 Uhr